

Kleine Anfragen zur Beantwortung in der Fragestunde des Landtags

Die Abgeordneten Heidemarie Mundlos, Jörg Hillmer, Burkhard Jasper, Gabriela Kohlenberg, Horst Schiesgeries und Dr. Stephan Siemer (CDU) hatten am 19.10.2016 gefragt:

(Anfrage 18; Drucksache 17/6705, S.10)

Antisemitismusvorwurf gegen die HAWK: Wie kommuniziert Ministerin Heinen-Kljajić gegenüber dem Zentralrat der Juden?

Vorbemerkung der Abgeordneten

Im Zusammenhang mit einem Antisemitismusvorwurf gegen die Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst (HAWK) in Hildesheim hat sich Wissenschaftsministerin Heinen-Kljajić mit ihrer Antwort vom 16. September 2016 auf eine Kleine Anfrage zur mündlichen Beantwortung (Drucksache 17/6474 Nr. 18) eine Einschätzung ihrer Staatssekretärin zu eigen gemacht. Staatssekretärin Hoops hatte gesagt, für die Sache sei es „nicht entscheidend“, dass dem Zentralrat der Juden im Februar 2016 fälschlicherweise mitgeteilt worden sei, das verpflichtend zu belegende Seminar heiße „Jüdisches Leben in Deutschland“ statt „Israel und Palästina: Historische Hintergründe“. In der Antwort heißt es, die Ministerin teile die Einschätzung ihrer Staatssekretärin.

1. War es bereits im Februar 2016 die Absicht der Landesregierung, dem Zentralrat der Juden mitzuteilen, dass Studierende das Seminar „Israel und Palästina: Historische Hintergründe“ als Korrektiv zum kritisierten Seminar „Soziale Lage der Jugendlichen in Palästina“ ergänzend verpflichtend belegen müssen?

2. Wann hat die Landesregierung dem Zentralrat der Juden in Deutschland gegenüber den Fehler eingeräumt und ihm mitgeteilt, wie das verpflichtend zu belegende Seminar korrekt und konkret heißt, nämlich „Israel und Palästina: Historische Hintergründe“?

3. Falls zutreffend: Wie hat der Zentralrat auf diese Klarstellung reagiert?

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Wissenschaft und Kultur namens der Landesregierung am 28.10.2016

(Anfrage 18; Drucksache 17/6785, S.33)

1. War es bereits im Februar 2016 die Absicht der Landesregierung, dem Zentralrat der Juden mitzuteilen, dass Studierende das Seminar „Israel und Palästina: Historische Hintergründe“ als Korrektiv zum kritisierten Seminar „Soziale Lage der Jugendlichen in Palästina“ ergänzend verpflichtend belegen müssen?

Wie im Ausschuss für Wissenschaft und Kultur am 22.08.2016 bereits dargestellt, war es die Absicht der Landesregierung, dem Zentralrat der Juden mitzuteilen, dass die Teilnahme an dem kritisierten Seminar seit dem Wintersemester 2015/2016 verpflichtend mit der Teilnahme am Seminar „Israel und Palästina: Historische Hintergründe“ verbunden ist. Versehentlich wurde ihm jedoch ein anderer Seminartitel „Jüdisches Leben in Deutschland“ mitgeteilt.

Über diese Neujustierung des Lehrangebotes wurde der Zentralrat bereits im Schreiben vom 18. September 2015 informiert. Eine inhaltliche Bewertung seitens des Ministeriums wurde nicht vorgenommen, sondern es wurde dem Zentralrat der Vorschlag der Hochschule zur Neujustierung des Lehrangebotes mitgeteilt.

2. Wann hat die Landesregierung dem Zentralrat der Juden in Deutschland gegenüber den Fehler eingeräumt und ihm mitgeteilt, wie das verpflichtend zu belegende Seminar korrekt und konkret heißt, nämlich „Israel und Palästina: Historische Hintergründe“?

Mit Schreiben vom 29. August 2016 hat sich die Ministerin für Wissenschaft und Kultur an den Zentralrat der Juden gewandt, um ihn über den aktuellen Sachstand in der Angelegenheit Vergabe des Gutachtens zu informieren. Im Zuge dessen hat sie sich für die versehentlich falsche Seminarbezeichnung entschuldigt und dem Zentralrat der Juden mitgeteilt, dass in der Zwischenzeit nicht nur das kritisierte Seminar, sondern auch das ergänzende Seminarangebot vollständig aus dem Lehrplan gestrichen wurden.

3. Falls zutreffend: Wie hat der Zentralrat auf diese Klarstellung reagiert?

Ein Antwortschreiben des Zentralrates auf dieses Schreiben liegt dem Ministerium für Wissenschaft und Kultur nicht vor.